dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin
Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 38 **10. Oktober 2014**

aktuell

Informationsdienst des dbb

Inhalt

Nachwuchsmangel im öffentlichen Dienst: „Es brennt!“+++
Kurzsichtige Personalpolitik – Mangelverwaltung in den Amtsstuben+++
Bundeswehr: Aktionismus hilft nicht+++
TTIP: Daseinsvorsorge darf nicht privatisiert werden+++
Deutsche Einheit: Im öffentlichen Dienst ist noch viel zu tun+++
dbb bundesfrauenvertretung kritisiert Führungspositionen-Gesetz: Ohne Sanktionen ein zahnloser Tiger+++
dbb bundesfrauenvertretung fordert gendergerechte Eingruppierung+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Beamten in Baden-Württemberg: CDU verspricht Ende der Sparmaßnahmen+++
Urabstimmung bei der Deutschen Bahn: 91 Prozent votierten für Streik+++
Ausschreitungen in Hamburg: DPolG fordert Abschiebung von Gewalttätern+++
Pläne für Generalzolldirektion: BDZ erwartet Sozialverträglichkeit+++
DPVKOM kritisiert geplante Änderungen am Postpersonalrechtsgesetz+++
VBB: Wolfram Kamm als Bundesvorsitzender bestätigt – Gutachten zu Rüstungsprojekten begrüßt+++

Namen und Nachrichten+++

Nachwuchsmangel im öffentlichen Dienst: „Es brennt!“

(dbb) Vor einer Unterschätzung des drohenden Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt gewarnt und deutlich gemacht, dass das Alarmschlagen des gewerkschaftlichen Dachverbandes angesichts fehlenden Personals weit entfernt von „Panikmache“ sei. „Es brennt!“, sagte der dbb Chef mit Blick auf die Nachwuchssituation beim dbb-Hearing „Team ‚Öffentlicher Dienst‘ sucht Verstärkung“ am 7. Oktober 2014 in Berlin.

„Einige Fakten lassen sich kaum bestreiten: Jeder dritte Beschäftigte der deutschen öffentlichen Hände ist ein rentennaher Jahrgang, zwischen 50 und 60 Jahre alt. Das Durchschnittsalter aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegt bei 44,6 Jahren. In den kommenden 15 Jahren wird es 1,5 Millionen Wechsel in den Ruhestand geben. Erwartet werden im gleichen Zeitraum etwa 800.000 Neueinstellungen, was nach Adam Riese einen fast gleich hohen Fehlbestand von 700.000 freien Stellen ergibt“, stellte dbb Chef Klaus Dauderstädt beim dbb-Hearing Fachkräftemangel fest.

Ein Teil dieses Personalmangels könne sicher durch demografisch definierte Anpassungen der Verwaltung als Synergie-Effekt kompensiert werden, so der dbb Bundesvorsitzende, der allerdings betonte: „Es gibt keinen linearen Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsdichte einerseits und dem Personal der öffentlichen Hand andererseits. Es will sorgfältig abgewogen sein, wo weniger Bürger weniger Staat rechtfertigen. Schutz vor Lebensrisiken, Gewaltmonopol für den Staat, umfassende Bildungsangebote dürfen dabei nicht aufs Spiel gesetzt werden.“

Aufgrund der in Folge von Personalabbau und Aufgabenzuwächsen massiven Arbeitsverdichtung und dem erhöhten Erledigungsdruck würden die Beschäftigten zudem zunehmend krank, was die Lücken wiederum noch größer werden ließe. „Wir stellen fest, dass diese Störung in so manchem Gesundheitsamt, Finanzamt oder Gericht, mancher Schule oder Kita heftig spürbar ist. Der Bürger will weder doppelt so lange Wartezeiten haben noch fehlerhafte Erledigung, weil nicht genügend Zeit oder Sachverstand präsent waren. Nehmen wir daher das Thema bitte ernst“, appellierte Dauderstädt, „warten wir nicht ab, bis es zu spät ist und der uns vertraute und verlässliche Rechts- und Sozialstaat regional oder funktional ausfällt!“

Beim dbb-Hearing diskutierten die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz, Bundesagentur für Arbeit-Vorstand Heinrich Alt und Praktiker aus verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes die aktuelle Lage in Sachen Fachkräftemangel und mögliche Lösungen.

Auch im „Tagesspiegel“ (Ausgabe vom 8. Oktober 2014) warnte der dbb Bundesvorsitzende vor den verheerenden Folgen des Fachkräftemangels. So gebe es in den Gesundheitsämtern vor allem zu wenige Fachärzte, kritisierte Dauderstädt. „Sollte sich eine Erkrankung wie Ebola hierzulande ausbreiten, können die Stellen darauf nicht angemessen reagieren.“ Die Gründe für die Defizite im Personalbereich sind aus Sicht des dbb Chefs vielfältig: Neben den Auswirkungen des demografischen Wandels kämpfe der öffentliche Dienst mit seinen strukturbedingten Besonderheiten: „Wir qualifizieren, aber wir halten die Leute nicht“, so Dauderstädt. So würden etwa 60 bis 80 Prozent der Absolventen der ländereigenen Fachhochschulen für Finanzen im Anschluss an ihr Studium lieber bei einem Steuerberater arbeiten statt für den Staat. „Die Bezahlung stimmt bei uns nicht mehr“ und vor allem werde Einsteigern keine langfristige Sicherheit mehr geboten, kritisierte Dauderstädt mit Blick auf die hohe Befristungsquote im öffentlichen Dienst. Knappe Kassen seien indes keine Entschuldigung für die Personalsituation, betonte der dbb Chef. Gerade in den Finanzämtern würden sich zusätzliche Stellen durch bessere Kontrollen schnell rentieren.
(01/38/14)

Kurzsichtige Personalpolitik – Mangelverwaltung in den Amtsstuben

(dbb) Vor den Folgen eines gravierenden Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt gewarnt. Jeder vierte Beschäftigte sei 55 oder älter, in den kommenden 15 Jahren werden 1,5 Millionen der 4,6 Millionen Staatsdiener altersbedingt ausscheiden, rechnete Dauderstädt im „Handelsblatt" (Ausgabe vom 6. Oktober 2014) vor. Während die Privatwirtschaft ihre Belegschaften stark verjüngt habe, baute der Staat Personal ab und stellte kaum Nachwuchs ein. Die kurzsichtige Personalpolitik räche sich heute, da der Staat im Wettstreit um die besten Köpfe oft den Kürzeren ziehe, warnte Dauderstädt.

„Wenn ein privater Arbeitgeber merkt, dass er den begehrten Ingenieur, Arzt oder IT-Fachmann nicht bekommt, legt er noch einen Tausender drauf. Das kann die Kommunalverwaltung, die Sozialversicherung oder das Finanzamt nicht." Viele junge Leute müssten feststellen, dass es in der Privatwirtschaft zum Teil bessere Arbeitsbedingungen und vor allem mehr Geld gebe.

Dass es angesichts des demografischen Wandels und der schrumpfenden Bevölkerung künftig weniger öffentliche Dienstleistungen brauche, wies der dbb Chef zurück: „Es gibt keinen linearen Zusammenhang zwischen sinkender Bevölkerungszahl und der Ausstattung des öffentlichen Dienstes. Selbst wenn in einem Stadtviertel in zehn Jahren vielleicht zehn Prozent weniger Leute wohnen als heute, brauchen sie dennoch eine funktionierende Polizei oder Feuerwehr. Sicher kann man fragen, ob es richtig ist, jede Grundschule auf dem platten Land zu erhalten. Aber auf der anderen Seite fehlen schon heute zehntausende Fachkräfte in den Kitas und im vorschulischen Erziehungsbereich. Wir wähnen uns in einem Sozial- und Rechtsstaat mit hohem Sicherheitsniveau, aber an vielen Stellen sind schon Lücken da." Schon heute fehlten in Deutschland 20.000 Lehrer, 10.000 Polizisten, 120.000 Erzieher, so Dauderstädt.

Zu der von Städte- und Gemeindebund-Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg im „Handelsblatt" geforderten „Personaloffensive", um junge Menschen für den öffentlichen Dienst zu begeistern, sagte Dauderstädt: „Das geht vor allem über eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen" auch Telearbeit, Lebensarbeitszeitkonten und familienfreundliche Arbeitszeiten könnten den Staatsdienst attraktiver machen. Gleichzeitig warnte der dbb Bundesvorsitzende vor der zunehmenden Staatsverdrossenheit der Staatsdiener, weil sie schlecht behandelt würden: „Wir glauben, dass das Resultat einer Einkommensrunde, das wir am Tariftisch unterschreiben, die Inflation und die wirtschaftliche Lage berücksichtigt und die Teilhabe der Beschäftigten sichert. Wenn sich Länder dann entscheiden, davon abzuweichen, wie wir das im vergangenen Jahr außer in Bayern und Hamburg nahezu flächendeckend erlebt haben, dann müssen sie sich bewusst sein, dass jede Abweichung die Attraktivität des öffentlichen Dienstes schmälert. Die Staatsverdrossenheit, die heute schon bei Richtern, Staatsanwälten, in der Lehrerschaft, den Finanzverwaltungen und vielen anderen Dienststellen zu beobachten ist, ist alarmierend. Denn Staatsverdrossenheit entsteht, wenn Beschäftigte sich von ihrem Dienstherrn nicht mehr angemessen wahrgenommen und respektiert sehen."

Mit „Panikmache" habe dies nichts zu tun, betonte dbb Chef Dauderstädt: „Tatsächlich hören wir häufig aus der Politik, dass es noch genug Bewerbungen gebe. Aber schauen Sie sich an, was das zum Teil für Bewerbungen sind. Meine Kollegen vom Richterbund sehen die Abkehr von der bisherigen Praxis, nur Bewerber mit Prädikatsexamen einzustellen, äußerst skeptisch, weil das Niveau in der Justiz sinken wird. Ähnliches gilt für die Polizei oder den Schuldienst. Das ist das Gegenteil von dem Maßstab, den wir im öffentlichen Dienst eigentlich setzen wollen, und widerspricht dem, was die Bürger von ihrem öffentlichen Dienst zu Recht erwarten dürfen."
(02/38/14)

Bundeswehr: Aktionismus hilft nicht

(dbb) In der Debatte über die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 9. Oktober 2014 in Berlin vor „organisatorischem Aktionismus" gewarnt. „Die Neuausrichtung der Bundeswehr ist keine kurzfristige Aufgabe, sondern eine dauerhafte Herausforderung der Bundeswehr", sagte der dbb Chef auf dem Bundesvertretertag des Verbandes der Beamten der Bundeswehr (VBB).

Das Personal der Bundeswehr habe in den vergangenen Jahren bereits viele Reformen umsetzen müssen. „Die Aussetzung der Wehrpflicht, die Straffung von Einheiten, die Schließung und Zusammenführung von Standorten, die Reduzierung auf etwa 55.000 Zivilbeschäftigten – und das alles unter den Bedingungen als Einsatzarmee, mit einer großen Zahl von Auslandseinsätzen. Die Bundeswehr wurde nicht nur technisch auf Verschleiß gefahren. Und letztlich sind es die Menschen, die die Bundeswehr ausmachen", sagte Dauderstädt.

Insbesondere die Ausgliederung von Aufgaben im Personalwesen oder im Travel-Management auf andere Ressorts und unterschiedliche Behörden habe eher gezeigt, wie man es nicht machen solle. „Zentrale Aufgaben der Bundeswehr müssen auch bei der Bundeswehr selbst bleiben. Unser Grundgesetz schreibt nicht nur die Streitkräfte ausdrücklich fest, sondern auch eine eigenständige zivile Bundeswehrverwaltung", stellte der dbb Bundesvorsitzende klar. „Das Zusammenwirken beider Teile darf nicht unter Berufung auf Unternehmensberater-Personalkonzepte ausgehebelt werden."

Für die Bundeswehr als Berufsarmee sei es zukünftig besonders wichtig, attraktive und verlässliche Rahmenbedingungen für qualifizierten Nachwuchs bieten. Auch hier dürften der soldatische und der zivile Bereich nicht gegeneinander ausgespielt werden. Dauderstädt: „Wer als Soldat nach zehn, 15 oder mehr Jahren ausscheidet, braucht Perspektiven. Für einen nicht unerheblichen Teil war und ist das eine Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung. Das Konzept des ‚Binnenarbeitsmarktes Bundeswehr' verfolgt dieses Ziel. Langfristige Herausforderungen brauchen aber auch langfristige Lösungen. Es ist auch im Interesse der Soldaten, nicht nur in den öffentlichen Dienst hineinzukommen; es geht auch um das Rüstzeug für eine im Regelfall noch mehrere Jahrzehnte dauernde Dienstzeit."
(03/38/14)

TTIP: Daseinsvorsorge darf nicht privatisiert werden

(dbb) In der Diskussion um das Freihandelsabkommen zwischen den USA und Europa (TTIP) hat der dbb sich für mehr Transparenz und den Erhalt von Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards ausgesprochen. „Wir befürworten fairen Wettbewerb und freien Handel", sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 6. Oktober 2014 in Berlin. „Gleichzeitig wollen wir aber nicht, dass Leistungen der Daseinsvorsorge unter Privatisierungsdruck kommen." Auch internationale Schiedsgerichte, um Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten zu entscheiden, sieht der dbb kritisch.

Diese Streitbeilegungsverfahren bei Investor-Staat-Streitigkeiten (ISDS) stelle inzwischen auch die Bundesregierung zu Recht in Frage, sagte der dbb Chef. „Die EU-Mitglieder und die USA sind verlässliche und sichere Rechtsstaaten. Besonders über öffentliche Dienstleistungen müssen Parlamente entscheiden, nicht internationale Schiedsgerichte. Im Falle von Rechtsstreitigkeiten müssen nationale oder europäische Gerichte urteilen."

Notwendig sei auch mehr Transsparenz im gesamten Verfahren. „Sie herzustellen mag in internationalen Verhandlungen kompliziert sein. Demokratische Legitimation geht aber nicht ohne Transparenz", stellte Dauderstädt klar. „Wir fordern daher von der EU-Kommission, alle Verhandlungskapitel offen zu legen. Wir erwarten außerdem, dass Parlamente, Zivilgesellschaft und Sozialpartner genug Zeit bekommen, das Abkommen hinsichtlich seiner Auswirkungen zu prüfen."

Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards dürften weder durch TTIP noch durch vergleichbare Abkommen in Frage gestellt werden. Dauderstädt: „Diese Standards entsprechen Zielen, die im Gemeinwohlinteresse liegen und von Parlamenten formuliert werden. Über Inhalt und Umfang von gemeinwohlorientierten Leistungen befindet der Souverän. Dieses Recht darf nicht durch internationale Verträge ausgehöhlt werden. Arbeitnehmerrechte sichern den sozialen Frieden, Umweltstandards eine lebenswerte Welt. Sie sind Standortvorteile in einer entwickelten demokratischen Gesellschaft, in der dem Markt eine dienende, nicht aber die beherrschende Rolle zukommt."
(04/38/14)

Deutsche Einheit: Im öffentlichen Dienst ist noch viel zu tun

(dbb) „25 Jahre nach dem Fall der Mauer bleibt auch im öffentlichen Dienst noch viel zu tun, um die deutsche Einheit zu vollenden." Daran hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am Vortag der Feierlichkeiten in Hannover zum diesjährigen Tag der Deutschen Einheit erinnert.

„Es gibt noch mehrere Baustellen, auf denen die Arbeiten leider nur schleppend vorangehen", sagte Dauderstädt am 2. Oktober 2014 in Berlin und führte als Beispiel die nach wie vor gravierenden Unterschiede bei den Renten in Ost und West an. Besonders einige Berufsgruppen der ehemaligen DDR, etwa aus den Sektoren Bildung und Gesundheit, fühlten sich immer noch benachteiligt. „Hier muss nun schnell eine Lösung her, sonst werden die Betroffenen diese wohl nicht mehr erleben", mahnte der dbb Chef. Die Ankündigung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass die Rentenkluft bis 2020 geschlossen werden soll, könne deshalb kaum befriedigen.

Nicht hinnehmbar sei auch, dass es nach wie vor Unterschiede im Tarifrecht des öffentlichen Dienstes, bei der Bezahlungssystematik und der Unkündbarkeit gebe, so Dauderstädt wieter. „Und das, obwohl gerade der öffentliche Dienst großen Anteil an der Gestaltung des Wiedervereinigungsprozesses hatte. Mit ihrer Arbeit haben Tausende Kolleginnen und Kollegen aus beiden Teilen Deutschlands in den Nachwendejahren dazu beigetragen, den Grundsätzen des Rechts- und Sozialstaats bundesweit Geltung zu verschaffen."

Dass der jüngste Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit noch Nachholbedarf der neuen Länder bei der Angleichung der Lebensverhältnisse an das Niveau in Westdeutschland aufzeige, müsse sicher auch bei der anstehenden Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern berücksichtigt werden, so der dbb Chef weiter. „Zu gleichwertigen Lebensverhältnissen gehört aber auch, dass Beschäftigte im öffentlichen Dienst für gleiche Arbeit gleiches Geld bekommen – egal ob in Mecklenburg-Vorpommern oder in Bayern. Hier sehen wir die Länder in der Pflicht, wenn die Einkommensrunde 2015 startet, und zwar nicht nur für die Tarifbeschäftigten, sondern auch bei der Übertragung des Ergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten."
(05/38/14)

dbb bundesfrauenvertretung kritisiert Führungspositionen-Gesetz: Ohne Sanktionen ein zahnloser Tiger

(dbb) Die dbb bundesfrauenvertretung hat den gemeinsam vom Familien- und Justizministerium vorgelegten Entwurf zum Führungspositionen-Gesetz kritisiert. Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, sagte dazu am 8. Oktober 2014 in Berlin: „Neben dem Gleichstellungsargument gebietet auch der steigende Bedarf an Fachkräften die gesetzlich verbindliche Förderung von Frauen in Führungspositionen. Dabei muss die Bundesverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen und darf nicht hinter den Regelungen für die Privatwirtschaft zurückbleiben."

„Leider ist statt der ursprünglich geplanten 50-Prozent-Quote bei der Besetzung von Gremien in Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung nun noch ein ‘Quötchen‘ in Höhe von 30 Prozent bis 2016 übriggeblieben. Was uns neben einer Quote, die diesen Namen auch verdient, außerdem fehlt, sind verbindliche Sanktionen, wenn die gesetzlichen Vorgaben nicht erfüllt werden“, so Wildfeuer weiter.

Mit dem Entwurf sei die Chance verpasst worden, die Änderungen im Bundesgleichstellungsgesetz und im Bundesgremienbesetzungsgesetz als zentrale Bausteine zur Durchsetzung der realen Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu nutzen. Wildfeuer: „Die Möglichkeit für ein klares Signal und ein nachhaltige Verbesserung der Situation wird mit diesem Entwurf verspielt. Noch immer ist die Durchsetzung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt nicht erreicht und das war wohl auch nicht Ziel des Entwurfes. Denn noch immer liegt die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern bei 22 Prozent. Der Gesetzentwurf hat das erklärte Ziel, diese Lücke auf zehn Prozent im Jahr 2020 zu verringern. Das Ziel hätten aber null Prozent sein müssen – und das zügig und in allen Bereichen.“
(06/38/14)

dbb bundesfrauenvertretung fordert gendergerechte Eingruppierung

(dbb) Die Bundestarifkommission (BTK) des dbb beamtenbund und tarifunion beschäftigte sich am 7. Oktober 2014 in Berlin mit aktuellen Herausforderungen der Tarifpolitik. Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und BTK-Mitglied hat dabei auf die spezielle Situation von Frauen hingewiesen: „Nach wie vor sind Tarifverhandlungen männlich dominiert. Wichtig ist, die Belange von Frauen mit zu verhandeln.“

Im Bundesdurchschnitt verdienten Frauen 22 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Die Lohnunterschiede im öffentlichen Dienst zwischen Männern und Frauen lägen bei immerhin 8 Prozent. Wildfeuer:„ Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass ‚typische‘ Frauenberufe immer noch niedriger eingruppiert sind, als solche die von in der Regel von Männern ausgeübt werden. Aber Entgeltgleichheit ist steuerbar. Die dbb bundesfrauenvertretung setzt sich seit Jahren für eine gerechte Eingruppierung im öffentlichen Dienst ein. Hier muss ein grundsätzliches Umdenken mit dem Ergebnis stattfinden, dass der Dienst an der Maschine nicht mehr höher bewertet darf als der Dienst am Menschen. Dies gilt insbesondere für die anstehenden Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst.“

Wildfeuer wies in diesem Zusammenhang auf die Ergebnisse der Studie „Kollektive Lohnverhandlungen und der Gender Wage Gap“ des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hin. Danach ist die geschlechtsspezifische Lohnlücke – der Gender Wage Gap – auch darauf zurückzuführen, dass Frauen in den tarifrelevanten Entscheidungs- und Verhandlungsgremien unterrepräsentiert sind und die zumeist männlichen Mitglieder das Potential von Tarifverhandlungen zur Verringerung der geschlechtsspezifischen Lohnlücke als nur gering einschätzen. Wildfeuer dazu: „Die dbb bundesfrauenvertretung nimmt ihr Mandat in der BTK wahr und fordert mit Nachdruck, dass der Grundsatz ‚Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit‘ endlich umgesetzt wird.“
(07/38/14)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Beamten in Baden-Württemberg: CDU verspricht Ende der Sparmaßnahmen

(dbb) Vertreter der Landes-CDU haben dem BBW Beamtenbund und Tarifunion Baden-Württemberg ein Ende der Sparmaßnahmen bei den Beamten in Aussicht gestellt, sollte die Partei nach der Landtagswahl 2016 wieder die Regierung übernehmen. Bereits am 2. Oktober 2014 sagte der CDU-Landesvorsitzende Thomas Strobl im Gespräch mit BBW-Chef Volker Stich: „Wer für das Land arbeitet, muss ordentlich bezahlt werden.“

Das Verhältnis zwischen BBW und der Grün-Roten Landesregierung ist angespannt. Grund sind die Sparmaßnahmen, die seit dem Regierungsantritt im Jahr 2011 der Beamtenschaft kontinuierlich abverlangt wurden. Ein weiteres Sonderopfer für die Beamten steht im Raum, da der Beschluss, nach den Jahren 2013/2014 auch die Besoldungsanpassung 2015/2016 um bis zu ein Jahr zu verschieben, noch nicht zurückgenommen wurde.

Neben dem CDU-Landesvorsitzenden sprach sich auch der CDU-Fraktionschef Peter Hauk für einen Politikwechsel aus. „Wenn es künftig eine Tariferhöhung gibt, muss sie eins zu eins auf die Beamten übertragen werden", sagte Hauk im Gespräch mit Stich am 8. Oktober 2014. Auch die Absenkung der Eingangsbesoldung solle im Falle einer Regierungsübernahme Schritt für Schritt zurückgeführt werden. (08/38/14)

Urabstimmung bei der Deutschen Bahn: 91 Prozent votierten für Streik

(dbb) 91 Prozent der mehr als 16.000 befragten Mitglieder der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) votierten in der Urabstimmung bei der Deutschen Bahn (DB) für Streik. „Wir haben mit einer großen Zustimmung des Zugpersonals gerechnet, dieses Ergebnis ist jedoch absolut überzeugend. Es zeigt die feste Entschlossenheit unserer Mitglieder. Das beweist auch die hohe Beteiligung an der geheimen Briefwahl", so der GDL-Bundesvorsitzende und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Claus Weselsky am 2. Oktober 2014 in Frankfurt am Main. Bereits am Abend des 7. Oktober bis zum Morgen des 8. Oktober kam es zu einem ersten bundesweiten Warnstreik.

Weselsky betonte, dass die GDL beauftragt sei, für das gesamte Zugpersonal zu verhandeln: „Die GDL-Mitglieder haben mit ihrer Stimme klar zum Ausdruck gebracht, dass ihre Gewerkschaft bei der DB die Tarifverträge für sie abschließen muss. 51 Prozent der 37.000 Beschäftigten in den Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) der DB sind der GDL schon vom Arbeitgeber als Mitglieder bescheinigt worden." Die GDL fordert unter anderem eine Begrenzung der Überstunden, den Abschluss des Betreiberwechseltarifvertrages, fünf Prozent mehr Entgelt und die Absenkung der Wochenarbeitszeit.

Besondere Brisanz gewinnt der Tarifkonflikt durch die von der Bundesregierung angedrohte gesetzliche Regelung der Tarifeinheit. Weselsky: „Die DB provoziert bewusst Arbeitskämpfe, um eine gesetzliche Regelung zur Tarifeinheit zu rechtfertigen. Danach dürfte nur die insgesamt größere Gewerkschaft in einem Betrieb die Tarifverträge abschließen. Was der Betrieb dann ist, bestimmt allein die Arbeitgeberseite. Ein Gesetz, das die Koalitionsfreiheit verhindert, ist jedoch nie und nimmer mit dem Grundgesetz vereinbar. Und deshalb werden wir die Tarifeinheit zusammen mit unserem Dachverband dbb und den anderen Berufsgewerkschaften wenn nötig bis zum Bundesverfassungsgericht bekämpfen."
(09/38/14)

Ausschreitungen in Hamburg: DPolG fordert Abschiebung von Gewalttätern

(dbb) In der Nacht vom 7. zum 8. Oktober 2014 kam es in Hamburg zu schweren Gewaltexzessen zwischen etwa 400 Kurden und ebenso vielen Islamisten. Rainer Wendt, der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), forderte daraufhin erneut eine rasche Abschiebung erkannter Gewalttäter aus Deutschland: „Die ausländerrechtlichen Voraussetzungen müssen konsequent angewandt werden bzw. verschärft werden wenn es notwendig sein sollte. Der Rechtsstaat muss sich endlich zur Wehr setzen gegen diejenigen, die glauben, auf unseren Straßen Bürgerkrieg veranstalten zu können. Erkannte Gewalttäter sollten konsequent in Abschiebegewahrsam landen, sonst werden wir noch erheblich schlimmere Szenen erleben."

Im Verlauf der Auseinandersetzungen in Hamburg wurden durch die Gewalttäter auch Messer, Macheten, Stangen, Schlagwerkzeuge und Pfefferspray eingesetzt. Es wurden 13 verletzte Personen in Krankenhäusern behandelt, die Polizei nahm 22 Störer in Gewahrsam. Der Vorsitzende der DPolG in Hamburg, Joachim Lenders, wurde Zeuge der Auseinandersetzungen: „Die Gewaltausbrüche der vergangenen Nacht waren von einer rücksichtslosen und menschenverachtenden Brutalität gekennzeichnet, wie ich sie selten erlebt habe. Meine Hochachtung und mein Dank gelten zuerst meinen besonnenen Kolleginnen und Kollegen, die wieder einmal mittendrin waren, um noch Schlimmeres zu verhindern. Ohne ihren professionellen Einsatz hätte es wahrscheinlich Tote gegeben."

Dass die Personaldecke der Polizei zu kurz und auf Kante genäht ist, habe auch dieser Einsatz gezeigt. „Wir haben, und ich werde nicht müde, es immer wieder zu wiederholen, zu wenig Personal. Hamburgs Polizei hat das Personal, um das polizeiliche Alltagsgeschäft zu erledigen. Belastungen, wie diesen Gewaltkonflikt, kann die Polizei über einen längeren Zeitraum nicht ‚stemmen'. Nach den Vorkommnissen der letzten Nacht ist davon auszugehen, dass die Gefährlichkeit und die Brutalität noch weiter zunehmen wird", so Lenders.
(10/38/14)

Pläne für Generalzolldirektion: BDZ erwartet Sozialverträglichkeit

(dbb) Das Bundesfinanzministerium hat am 8. Oktober 2014 in Berlin ein Projekt vorgestellt, das die Einrichtung einer Generalzolldirektion in Bonn zum Ziel hat. BDZ-Bundesvorsitzender und HPR-Vorsitzender Dieter Dewes brachte gegenüber Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble die Erwartung zum Ausdruck, dass die bisher geltenden hohen Standards der Sozialverträglichkeit in vollem Umfang eingehalten werden. Zugleich forderte er, dass die Interessenvertretungen an dem Projekt beteiligt und Transparenz für die Beschäftigten sichergestellt werde.

Bei der Präsentation des Projekts wurde der Hauptpersonalrat erstmals über die Pläne informiert. Demnach wird die neue Oberbehörde Teile der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung des Bundesfinanzministeriums übernehmen sowie mit den bisherigen Mittelbehörden verschmolzen. Das Zollkriminalamt sowie das Bildungs- und Wissenschaftszentrum sollen Direktionen der neuen Generalzolldirektion werden.

Die Zollverwaltung soll künftig nur noch über eine operative Ortsebene und die Generalzolldirektion verfügen. Die interne Verwaltung soll gestrafft werden. Das Bundesfinanzministerium erhofft sich von einem „direkten Durchgriff" der neuen Generalzolldirektion auf die Ortsebene schnellere Entscheidungen.

Ausdrücklich sagt das Bundesfinanzministerium zu, dass die neue Organisationsform nicht zu einem Stellenabbau führt. Eine weitere Zusage lautet, dass die gewonnenen Personalressourcen vor allem für Aufgaben vor Ort eingesetzt werden. Insgesamt soll die Ortsebene mit mehreren hundert Kräften personell verstärkt werden.

Die Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung des Bundesfinanzministeriums soll in mehreren Teilschritten vom bisherigen Dienstsitz Bonn nach Berlin verlegt werden. Bonn erhält dafür mit der Generalzolldirektion eine Oberbehörde und soll damit als Standort mittel- und langfristig gestärkt werden. Die Dienstsitze an den Standorten der Bundesfinanzdirektionen bleiben erhalten.

Zur Vorbereitung dieser Maßnahmen wird im Bundesfinanzministerium eine Projektgruppe eingerichtet. Die Reform soll für die Beschäftigten sozialverträglich gestaltet werden. Die neue Struktur soll zum 1. Januar 2016 wirksam werden.

Das Projekt wird ein Schwerpunktthema der Sitzung des BDZ-Bundesvorstands vom 27. bis 29. Oktober 2014 in Neustadt an der Weinstraße. Bei dieser Sitzung wird das Gremium einen Dialog mit Zollabteilungsleiter Julian Würtenberger über dessen Auswirkungen führen.

Dewes kündigte an, kurzfristig in Gesprächen mit der Leitungsebene des Bundesfinanzministeriums sowie mit Abgeordneten aller im Bundestag vertretenen Parteien die Folgen der Entscheidung und insbesondere die geforderte Einhaltung der Sozialverträglichkeit, die Einbindung der Interessenvertretung sowie die Herstellung der Transparenz im Interesse der Beschäftigten thematisieren.
(11/38/14)

DPVKOM kritisiert geplante Änderungen am Postpersonalrechtsgesetz

(dbb) In einem Gespräch mit dem Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Johannes Geismann, hat der DPVKOM-Bundesvorsitzende Volker Geyer am 1. Oktober in Berlin erneut den Gesetzentwurf zur Änderung des Postpersonalrechts kritisiert. Geyer wies darauf hin, dass – anders als im Gesetzentwurf vorgesehen – nur die Postnachfolgeunternehmen Post, Telekom und Postbank die Dienstherrenbefugnisse gegenüber den Beamten ausüben sollten und keine anderen, durch Rechtsverordnung zu bestimmende Unternehmen.

Außerdem forderte der DPVKOM-Bundesvorsitzende, dass auch zukünftig der Einsatz eines Beamten auf einem Arbeitsposten mit einer geringeren Bewertung als seiner Besoldungsgruppe entsprechend nur vorübergehend erfolgen dürfe. Der Beamte dürfe dabei jedoch auf keinen Fall laufbahnunterschreitend eingesetzt werden. Heftige Kritik übte Geyer auch an der im Gesetzentwurf vorgesehenen Erweiterung der Zuweisung einer unterwertigen Tätigkeit bei einem anderen Unternehmen. Dies soll zukünftig auch ohne die Zustimmung des Beamten für die Dauer von zwei Jahren zulässig sein.
(12/38/14)

VBB: Wolfram Kamm als Bundesvorsitzender bestätigt – Gutachten zu Rüstungsprojekten begrüßt

(dbb) Der XV. Bundesvertretertag des Verbands der Beamten der Bundeswehr (VBB) hat am 8. Oktober 2014 die Bundesleitung und die Beisitzer des Bundesvorstandes gewählt. Wolfram Kamm wurde als Bundesvorsitzender im Amt bestätigt. Stellvertretende Bundesvorsitzende wurden Rula C. Strehl, Jürgen Mangerich und Hans Liesenhoff.

Der VBB-Bundesvertretertag fand in schwierigen Zeiten für die Bundeswehr statt. Bereits seit Wochen gibt es immer wieder Medienberichte, die die Einsatzfähigkeit der Truppe in Frage stellen. Dazu bei trug auch ein von Bundesverteidigungsministerin vorgelegtes Gutachten, das etliche Probleme bei (Rüstungs-)Großprojekten feststellt. Der VBB begrüßte das Gutachten als „eine gute Entscheidungshilfe für die Zukunft", welches „endlich einmal eine konkrete ‚Ist-Situation'" aufzeige. Die darin erhobenen Vorwürfe seien keineswegs neu, sondern wurden durch das Gutachten vielmehr konkretisiert. Insofern sehe der VBB keine Schuld an der aktuellen Krise bei der Verteidigungsministerin.
(13/38/14)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der **Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS)** fordert, durch die Abschaffung des Kooperationsverbots die Krise des Bildungsföderalismus zu beheben. Drei Bildungsstiftungen – Bertelsmann-Stiftung, Telekom-Stiftung und Robert-Bosch-Stiftung –, hatten in einem Positionspapier beklagt, dass es an Konzepten zur Weiterentwicklung des Bildungsföderalismus fehle. Der BLBS habe ein solches Konzept, so dessen Bundesvorsitzender OStD Eugen Straubinger am 2. Oktober 2014 in Berlin.

Demnach solle der in dem Positionspapier skizzierte Nationale Bildungsrat – zu dem der Bund, die Länder sowie die Landkreise und Kommunen gehören – eine nachhaltige Finanzierung der berufsbildenden Schulen organisieren, in dem er alle Akteure daran beteilige.

Der deutsche Wald ist bei den Forstleuten in guten Händen. Das geht aus aktuellen Zahlen zur dritten Bundeswaldinventur hervor, die Bundesforstminister Christian Schmidt am 8. Oktober 2014 vorstellte. Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) stellt die Leistungen der im und für den Wald arbeitenden Menschen heraus. Der **BDF-Bundesvorsitzende Hans Jacobs**: „Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass sich der Wald in Deutschland gut entwickelt. Diesen Verdienst kann man den Forstleuten und Waldbesitzern nicht hoch genug anrechnen."

Am 21. November 2014 findet im Kongresszentrum Westfalenhallen in Dortmund unter dem Titel „Herausforderung Schule" die Herbsttagung des Deutschen Lehrertages 2014 statt. Der Deutsche Lehrertag ist als staatliche Fortbildung anerkannt. Veranstalter sind der **Verband Bildung und Erziehung** (VBE), der VBE NRW und der Verband Bildungsmedien e.V.
(14/38/14)